

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen der Maßnahme:

Kofinanzierung des Landes Schleswig-Holstein im Rahmen des Bundesförderprogramms Breitband

(Antragsteller/in mitsamt Anschrift)	Ort, Datum
An das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	Auskunft erteilt: Tel.-Nr.: E-Mail:
	Bankverbindung: IBAN-Nr.: BIC:

Betr.: (Zuwendungszweck)

Vom LLUR auszufüllen:

Eingangsstempel LLUR: Eingangsstempel BKZSH:

1. Fördermaßnahme (kurze, eindeutige Beschreibung der Maßnahme mit Bezug auf die Notwendigkeit inkl. Art der Investition (z.B. Wirtschaftlichkeitslücke, Länge der Leitungen oder der Leerrohre, Angaben zu dem Versorgungsgebiet, genaue Berechnung der Wirtschaftlichkeitslücke, Erläuterung der Businesspläne beim Betreibermodell, Nettoeinnahmen, usw.)

- a. ■ Wirtschaftlichkeitslückenmodell
- b. ■ Betreibermodell

Erklärungen (kurze Darstellung der Maßnahme mit räumlichen Bezug; ggf. mit Anlage):

2. Durchführungszeitraum:
Die Maßnahme soll im Zeitraum vom bis durchgeführt werden.

3. Es wird die Gewährung einer Zuwendung beantragt in Höhe von Euro beantragt.

4. Kosten- und Finanzierungsplan

Aufwendungen:
Die voraussichtlichen Gesamtausgaben (brutto) betragen insgesamt Euro.

Der detaillierte Kosten- und Finanzierungsplan ist als Anlage beigefügt.

5. Begründung:

1) a) Zur Maßnahme grundsätzlich (Notwendigkeit, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Strukturwirksamkeit):

b) Der Nachweis der fehlenden oder unzureichenden Breitbandversorgung (Downstreamübertragungsrate von weniger als 100 Mbit/s zu erschwinglichen Preisen) unter Berücksichtigung der Ausbauabsichten der Netzbetreiber während der nächsten drei Jahre wird erbracht durch Verweis auf Interessenbekundungsverfahren oder Markterkundungsverfahren:

c) Darstellung des ermittelten und prognostizierten Bedarfs an Breitbandanschlüssen im zu versorgenden Gebiet (ggf. Verweis auf den betreffenden Abschnitt der Machbarkeitsstudie):

d) Folgende Indikatoren dienen der Beurteilung des Umfangs der Zielerreichung:
(Bitte zeitbezogene Ausgangs- und Zielwerte benennen.)

- Einwohner im Projektgebiet (Summe der Einwohner der beteiligten Gemeinden gemäß Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein)
- Zusätzliche erreichte Gebäude und Haushalte (neu versorgte Gebäude und Haushalte)
- Insgesamt erreichte Haushalte (versorgte Gebäude und Haushalte im Projektgebiet gesamt)
- Mögliche Übertragungsgeschwindigkeit
- Km Trassenlänge
- Versorgungstechnik (FTT/B; FTT/H; sonstige)
- Teilnehmeranschlüsse¹:
Haushalte: Krankenhäuser: Schulen: Gewerbegebiet:
- ggf. weitere Indikatoren:

2) Ausführungen zu den Projektauswahlkriterien:

- a) Das Vorhaben umfasst folgende Orte bzw. Ortsteile:
(namentliche Nennung ggf. auch Kartendarstellung)

1-4 5-9 10-19 ab 20

- b) Versorgungstechnik

FTT/B oder FTT/H Sonstige Versorgungstechniken

- c) Projektierter Versorgungsgrad der Orte/ Ortsteile (mindestens 95% der Haushalte) nach Abschluss der Maßnahme:

über 30 Mbit/s über 50 Mbit/s über 100 Mbit/s über 1 Gbit/s

- d) Die Planungsarbeiten für das Vorhaben wurden bereits mit Landes-, Bundes- und/oder EU-Mitteln gefördert:

ja, nein

Daten des Förderbescheides (Az; Datum und Zuwendungsgeber):

- e) Versorgungsgrad der Orte / Ortsteile zum Bewilligungszeitpunkt mit einer Aufreischwelle von:

unter 6 Mbit/s unter 16 Mbit/s unter 30 Mbit/s unter 100 Mbit/s

Nachweis wurde erbracht durch .

6. Die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn wird beantragt: (ggf. ankreuzen)

Ja

Begründung der Dringlichkeit:

7. **Erklärungen der Antragstellerin bzw. des Antragstellers:**

Die Antragstellerin / der Antragsteller erklärt, von den folgenden Unterlagen Kenntnis genommen zu haben und

¹ Ein Haushalt entspricht einem Teilnehmeranschluss, je Klassenraum (23 Schüler) oder Schulverwaltung in Bildungseinrichtungen, je Unternehmen oder jedem internetverbundenen Arbeitsplatz/ Betriebsmittel innerhalb eines Gewerbegebietes, Krankenhäusern je Krankenhausverwaltung oder jede(s) medizinische Station/ Fachabteilung/ Institut oder pro 11 Betten

sie - soweit es sich nicht ohnehin um allgemein verbindliche Rechtsvorschriften handelt - als verbindlich anzuerkennen:

1. Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften -ANBest-K;
2. Baufachliche Ergänzungsbestimmungen zu den Verwaltungsvorschriften VV / VV-K Nr. 6 zu § 44 Abs. 1 LHO (ZBau) (bei Baumaßnahmen);
3. Kofinanzierungs-Breitbandrichtlinie vom 14.05.2019 in der jeweils aktuellen Fassung
4. Informationsblatt zur Publizität
5. Gigabit-Rahmenregelung vom 13.11.2020 (genehmigt durch die Europäische Kommission am 13.11.2020: Staatliche Beihilfe SA.52732 (2020/N)-Deutschland) in der aktuell gültigen Fassung.
6. VO (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Art. 107 und 108 AEUV (notifiziert durch die Europäische Kommission am 16.07.2014: Staatliche Beihilfe SA.39091 (2014/X)-Deutschland).
7. Förderung der Integrierten Ländlichen Entwicklung mit Mitteln des Landes und Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bzw. mit Mitteln des Landes – Information nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller erklärt, dass

- das Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird, sofern keine Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn erteilt wurde;
- die jeweiligen Bestimmungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge beachtet werden/wurden.

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller versichert die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag und in den Antragsunterlagen gemachten Angaben. Die Gesamtfinanzierung ist gesichert.

Dem Antrag wurden folgende Unterlagen beigefügt:

- a) Kosten- und Finanzierungsplan
- b) Lageplan mit Darstellung des Versorgungsbereiches im Maßstab 1:25.000 sowie in digitaler Form (georeferenzierte Daten im Datenformat GeoJ-Son)
- c) Nachweis der fehlenden oder unzureichenden Breitbandversorgung

- Selbsterklärung zur „Nicht-Vorsteuerabzugsberechtigung“
- Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens (IBV)
- Baugenehmigung
- Zusicherung der Neutralität und Unabhängigkeit für Planungs- und Beraterleistungen
- Markterkundungsverfahren (MEV)
- Verträge, o.Ä. zwischen Antragsteller/ Zuwendungsempfänger und Telekommunikationsunternehmen (insbesondere Zuwendungsvertrag)
- Kooperationsvereinbarungen
- Vergabevermerk(e)
- bereits bestehende GIS-Daten
- Übersicht der buschbaren Tarife des künftigen Netzes
- Zuwendungsbescheid des Bundes

- Sonstiges:

(Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)